



Öffentliches Verfahrensrecht FS 2024

Fallstudie – Teil 9 (30. April 2024)

Sachverhalt

Sowohl Z als auch der Verband "Unternehmens-Datenschutz Schweiz" sind enttäuscht über den Ausgang des Verfahrens vor Bundesverwaltungsgericht und möchten den Entscheid mit Beschwerde an das Bundesgericht weiterziehen.

Noch während des laufenden Beschwerdeverfahrens vor Bundesgericht schliesst die Vergabestelle mit Y den Vertrag über die ausgeschriebenen Leistungen ab, was Y auf ihrer Website als unternehmerischen Erfolg kundtut.

Einige Wochen nach Abschluss des Verfahrens vor Bundesgericht, erfährt Z, dass Y seinem ehemaligen Mitarbeitendem, der heute beim BBL tätig ist (vgl. Fallstudie – Teil 4), CHF 10'000.- angeboten hat, damit sich dieser für ihre Offerte einsetzt. Z findet ausserdem heraus, dass einer der Richter am Bundesverwaltungsgericht, der an den Entscheiden mitgewirkt hat, ehemals bei der Vergabestelle beschäftigt war. Die Organe der Z sind entsetzt über diese Missstände.

Fragen

1. Wird das Bundesgericht auf die Beschwerden von Z und des Verbands "Unternehmens-Datenschutz Schweiz" eintreten? Wie wird es entscheiden?
2. Was kann Z gegen den Vertragsabschluss unternehmen?
3. Wie kann Z gegen die festgestellten Missstände vorgehen?